

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: im Haus monatlich 1,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-11 / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17256 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18691
Erscheinung: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Geschäftsstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Geschäftsstunde
Anzeigenpreis: die neunmal gebaltene Normalzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile anschließend an den dreißigtägigen Zeit einer Zeile 1,50 RM
Anzeigen-Nachnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Ersetzung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Montag den 6. Januar 1930

Nummer 4

Arbeiterinnen, Arbeiter, Erwerbslose, Angestellte Sachsens!

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ruft zum Kampf gegen Rationalisierung und Massenverelendung!

Wählt Delegierte zum Landestag der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 25. und 26. Januar in Chemnitz!

Die amtliche Statistik meldet 280.000 Erwerbslose in Sachsen. 280.000 Opfer der kapitalistischen Rationalisierung sind bereits aus den Betrieben und Kontoren verdrängt. Weitere Zehntausende sollen nach dem Willen des Finanzkapitals folgen. Rückwärtslose Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen auf Kosten der Arbeiterschaft sind geplant.

Im Zeichen des räuberischen Youngplans

werden die sozialen Einrichtungen (Erwerbslosen-, Krankenunterstützung) abgebaut, die Steuern und Zölle erhöht und die Ausbeutung in den Betrieben gesteigert. Auf den Rücken der arbeitenden Massen werden neue Lasten gehäuft, während die Besitzenden, die Unternehmer, meistgehende Unterstützung erhalten (Seidemann-Kredit, Co. -Kaschthal). Jede Forderung der Arbeitslosen wird abgelehnt. Gummitruppen und Zuchthausgesetze sind die Mittel, durch die die frurnden Massen der vom Geld preisgegebenen Erwerbslosen befristet werden.

Die Betriebe werden in immer wachsendem Maße Zuchtstätten für die Arbeiter, die noch nicht zum Erwerbslosenstand gekommen sind. Nicht genug, daß durch die starke Verkleinerung der meisten Betriebe bei gleichbleibender Arbeitsmenge für den Gesamtbetrieb die Arbeitslosigkeit des einzelnen Arbeiters und Angestellten außerordentlich gesteigert wird (200 Prozent Steigerung der Arbeitslosigkeit im Textilbetrieb Stalman in Limbach), herrscht mit Hilfe des Afford- und Prämienlohnsystems eine unumschlichtete Antreiberei, unter der die Arbeiter in absehbarer Zeit zusammenbrechen müssen. Arbeiterinnen und Jugendliche, die durch die Rationalisierung in höherem Maße als früher in den Produktionsprozess gezogen werden, sind den gesundheitlichen Schädigungen, die durch die Rationalisierung bedingt sind, besonders ausgeliefert (Mehrfachsystem in der Textilindustrie für die Arbeiterinnen, Affordtreiben der jugendlichen Arbeiter in der Glasindustrie usw.).

Daß die Besitzer von Vorzugsaktien der Blauenischen Spitzenmanufaktur

70 Prozent Dividende

erhalten, während die Textilarbeiter des Erzgebirges, der Oberlausitz und ganz Sachsens mit Lohnrücklagen bis zu 50 Prozent bedacht wurden, zeigt, welche Geschäfte die Unternehmer auf Kosten der Arbeiterschaft machen konnten.

Der Reallohn der Arbeiter und Angestellten steht weit unter der Vorkriegeshöhe. Für das mühsam verdiente Geld können die Arbeiterfamilien sich nicht die notwendigen Lebensmittel, nicht genügend Kleidungsstücke, Heizmaterial usw. kaufen. Gesundheitlicher Niedergang, verbunden mit sichtbarem Anwachsen der Unfallziffern, ist die Folge.

Schon die nächsten Wochen bringen neue Teuerung, neue Lasten!

Wer die ohne Befragung der Arbeiter und Angestellten zwischen Gewerkschaftsbürokratie und Unternehmern langjährig abgeschlossenen Tarifverträge sehen keine Erhöhung der Löhne vor. Sie erweisen sich als Fesseln für die Arbeiterschaft. Die Gewerkschaftsbürokratie denkt nicht daran, Maßnahmen zur Erreichung höherer Löhne zu ergreifen. Sie lehnt selbst die Kündigung von ablaufenden Tarifen ab, wie es im Falle der Angestellten der Metallindustrie im Oktober 1929 geschah, weil die Bürokratie sich von Rücksichten auf den Stand der kapitalistischen Wirtschaft leiten läßt. Die Praxis der Gewerkschaftsbürokratie liefert den Unternehmern die Grundlage zu weiteren Vorstößen gegen die Arbeiterschaft, wie es der herausfordernde Entwurf eines Manteltarifvertrages durch die Reichsbahnhauptverwaltung beweist. Die Lohnrücklagen in der Textilindustrie, die Affordverschlechterungen in der Metallindustrie wurden ebenso mit Zustimmung reformistischer, christlicher und hitz-dunkler Bürokraten und Betriebsräte durchgeführt, wie die Massenentlassungen in allen Betrieben.

Weber die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben, nach die Erwerbslosen haben von der Gewerkschaftsbürokratie ein ernsthaftes Eintreten für ihre Forderungen und Interessen zu erwarten.

Eine Million Mark für die Bürgerregierung - aber kein Geld für Wirtschaftskämpfe

Der selbe LDB-Vorsitzende Kraut von Sachsen, der im Landtag darüber sagte, daß Teile der sächsischen Industrie zu spät und zu wenig rationalisiert hätten, bot der Bürgerregierung, die von den bürgerlichen Parteien, einschließlich der Nationalsozialisten, getragen wird, ein Darlehen der Arbeiterbank in Höhe von 3 Millionen Mark zur Durchführung von Kostensenkungen an, wozu dann im Dezember vorigen Jahres eine Million Mark der Bürgerregierung zu 6 Prozent überwiesen wurden. Während die Sozialdemokratische Partei die kommunistischen Anträge auf Lohnsenkungen usw. ablehnte, während sie die Mittel für eine Winterbeihilfe verweigerte, gibt sie dem kapitalistischen Staat Gelder, um ihm aus der „Not“ zu helfen. Daneben wird unter Führung der SPD die Verschärfung der kommunistischen Betriebe vorgenommen, die ungeheure Verschlechterungen für die sächsischen Arbeiter im Gefolge hat (Dresden, Zwickau).

Für Wirtschaftskämpfe haben die Gewerkschaftsführer keine Mittel, wohl aber für maßlosen Ausbau des Verwaltungsapparates, für Beteiligung an Industrieunternehmen (der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes ist mit 3 Millionen Mark an der IG-Farbenindustrie beteiligt) und für Anleihen an den kapitalistischen Staat. Sie erheben ihre Aufgabe nicht im Kampf zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und Angestellten, sondern im Verfall des Wirtschaftstreibens und der Klassenharmonie. Auch die „linken“ Scheinradikalen Führer der SPD, die den Klassenkampf als Lippenbekenntnis brauchen, führen dieselbe Politik durch.

Deshalb klütern sie die Gewerkschaften von Klassenbewußten Arbeitern, deshalb spalten sie ganze Zehntausende und Branchen, um den Einfluss der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu brechen und die Organisationen der Koalitionspolitik der SPD dienstbar zu machen.

Deshalb legen sie besonders viel Gewicht darauf, daß kein revolutionärer Arbeiter in die Betriebsräte gelangen kann, damit sie in den Betrieben die „Ruhe und Ordnung“, die der Unternehmer braucht, aufrechtzuerhalten können. Weil sie wissen, daß, wenn die Betriebsräte mit revolutionären Arbeitern besetzt sind, die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die die Forderungen der Arbeiter sind, vertretet werden, weil sie wissen,

rote Betriebsräte, rote Vertrauensleute

die besten Führer und Stützen der Arbeitermassen im Kampf um Brot und Nacht sind, wollen sie die Arbeiter von der Wahl ausschalten. Die Durchsetzung der Arbeitsforderungen auf höheren Lohn unter Führung roter Be-

triebsräte in den Betrieben der Staatlichen Vorkriegsmaschinenfabrik in Berlin zeigt, daß rote Betriebsräte die wirklichen Interessensvertreter der Arbeiter sind. Die bedeutenden Erfolge der revolutionären Gewerkschaftsopposition bei den Betriebsräteahlen 1929 sind für die Gewerkschaftsbürokratie empfindliche Schläge gewesen, die sie jetzt mit allen Mitteln ausgleichen will.

Entscheidende Kämpfe stehen bevor!

Deshalb rufen wir die Arbeiter, Angestellten und Erwerbslosen Sachsens auf, Delegierte zum

Landestag der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 25. und 26. Januar in Chemnitz

zu entsenden. Es gilt, die Beschlüsse des Reichstages für Sachsen in die Tat umzusetzen und eine klare Angriffslinie für

Siebenstundentag und Vierzigstundensuche, vollen Lohnausgleich, Lohnerhöhung für alle Berufsgruppen und Branchen von mindestens 15 Pf. pro Stunde, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, d. h. Wegfall der Lohnunterschieden, vor allem auch zwischen den männlichen und weiblichen Arbeitern, festzusetzen.

Die Gewerkschaftsbürokratie, die alle Arbeiterrechte erschaffen hat, läßt euch im Rahmen der Verbände nicht über diese Fragen entscheiden. Sie predigt euch Unterwerfung unter den Youngplan und wendet offenen Terror an, wenn ihr wagt, selbst zu bestimmen. Reformisten haben sich zu Sozialfaschisten entwickelt, die bereit sind, mit allen Mitteln das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem zu stützen. Sie teilen sich mit den Nationalsozialisten in die Arbeit (Streikbruch bei den Kohlbergern, in Hennigsdorf usw.) und bereiten den Boden zur faschistischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse vor.

Darum müssen wir in den Betrieben und Gewerkschaften ebenso wie auf den Stempelstellen die Wahl von Delegierten zum Landestag vornehmen.

Arbeitende Frauen, beteiligt euch aktiv an den Wahlen und der Vorbereitung der Kämpfe, bildet eine Kampffront mit euren Klassenossen!

Laßt euch nicht betören und behindern durch Drohungen! Denkt daran, daß eure eigene Errettung von diesem Kampfe abhängt! Durchbricht die Fesseln der Gewerkschaftsbürokratie! Sendet bis zu 1000 Mann Delegierte (Arbeitslose an der Stempelstelle) zu einem Delegierten! Bringt die Mittel für eure Delegierten auf! Denn es geht um Lebensfragen der Arbeiterklasse!

Komitee zur Vorbereitung des Landestages der revolutionären Gewerkschaftsopposition Sachsens
J. U. Harbert Wehner.

Die Justizkomödie beginnt!

38 Arbeiter sollen für ihr Klassenbewußtsein bestraft werden. — Glänzende Sympathieumgebung der Arbeiterklasse für die Angeklagten im Dresdner Landfriedensbruchprozess. — „Rot-Front!“, „Rufe im Gerichtssaal.“

Dresden, 6. Januar.

Heute begann vor dem Dresdner Landgericht am Münchner Platz der von uns mehrfach behandelte Prozess gegen 38 revolutionäre sächsische Arbeiter, die ihre Klassenpflicht erfüllten, indem sie am 27. Oktober 1929 gegen das Verbot des roten Frontkämpferbundes in Dresden demonstrierten. Kühnen Antippen haben damals die Demonstrationen ausgetrieben. Gegen die Arbeiter, die bei dieser Vorkriegstunde verhaftet wurden, strengte die Staatsanwaltschaft das Verfahren an, durch das den Arbeitern beigebracht werden soll, daß sie in dem republikanischen Deutschland ebenso zu schweigen haben wie im monarchistischen Kaiserlichen Deutschland. Gegen 15 Arbeiter ist Anklage wegen schweren Aufruhrs erhoben und Vergehen gegen die Bestimmungen des Reichstages. Die anderen 23 Arbeiter sollen sich nur gegen die Bestimmungen des Reichstages verzeihen haben, den die Bourgeoisie selbst als höchste Befehlskraft und zu umgehen versucht, dessen Artikel sie aber als zwingend sehr gern benutzt, wenn sie mit deren Hilfe revolutionäre Arbeiter ins Gefängnis oder Zuchthaus bringen kann.

Am Dresdner Hauptbahnhof trafen sich die auswärts wohnhaften Angeklagten mit den Dresdner Klassenossen und marxistischen Gesellen und unter dem Gesang revolutionärer Lieder nach dem Gerichtssaal gebäude am Münchner Platz. Im Verhandlungssaal begrüßten die Anwesenden ihre drei inhaftierten gewesenen Klassenossen mit einem geschlossenen und kräftigen „Rot-Front!“ Die Tribünenbesucher stimmten in die Rot-Front-Rufe begeistert ein. Die Stimmung der Angeklagten ist eine glänzende, zuversichtlich und fest ist ihr Bild. Die Anklage erregte bei uns dem letzten Dresdner Landfriedensbruchprozess bekannte Staatsanwalt Dr. Wülfers. Den Vorsitz führt Amtsgerichtsrat Dr. Kour. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Genelle Dr. Helm. Zu der Verhandlung sind zugezogen ein Hilfsrichter und 2 Schöffen. Die Verhandlung begann mit der Benennung der 38 Angeklagten zur Verlesung. Von den Angeklagten sind 15 in der Uniform des verbotenen roten Frontkämpferbundes erschienen. 15 Angeklagte sind erwerbslos, 8 von ihnen sind ohne Erwerbslosenunterstützung, während die übrigen mit ihren Familien eine Unterstützung von 8 bis 12 Mark pro Woche beziehen.

Suffragette um die Thierwurzengalcker

Wahlhelmer, Nazis und Sozialfaschisten als Werkzeuge des Kapitalismus

Heute beginnt im Berlin-Moskito der große Thierwurzengalcker. Unter den Angeklagten befinden sich zwei georgische Wahlhelmer und sechs Nationalsozialisten und Stahlhelmer. Als vor zwei Jahren dieses Verbrechenkommissariat aufgelöst wurde, u. a. 24 Zentner Wasserzeichenpapier beschlagnahmt, die zur Fällung von Thierwurzengalckern im Werte von 100 Millionen Goldmark ausgereicht hätten. Die vorgefundenen Rüststoffe waren bereits benutzt. Auf diese Weise sollte die Sowjetwährung erschüttert und durch die damit verbundene Schwächung der Wirtschaft und des Staates der Kriegsmarsch weither Armee in die Sowjetunion erleichtert werden. Hinter diesem Plan stand der Präsident des zweitgrößten Petroleumtrusts der Welt, Sir Henry Deterding von der Royal Dutch Shell, der durch große Geldsummen die Wahlhelmer unterstützte und auf diese Weise die „Befreiung Georgiens“ und Annexion der Kaspienregion durchzuführen wollte. An den Konferenzen des Verbrechenkommissariats nahmen neben Deterding dessen Frau, eine russische Fürstin, der bekannte General Hoffmann und einige deutschnationalistische Reichstagsabgeordnete, außerdem selbstverständlich auch sozialdemokratische Politiker teil.

Die Untersuchung wurde bisher von dem von Starek regiert ausgehaltenen Staatsanwalt Wahnung zwei Jahre lang verschleppt. Sämtliche Vernehmungprotokolle, jede Verfügung des Staatsanwaltes usw. wurden den antijewischen Berlethwebern in die Hände gespielt. Diese Tatsachen lassen bereits erkennen, wie der Prozeß verlaufen wird. Wir wissen, daß von dieser Polizei, die den Dokumentenfall der Doff honorierte und mit ihm zusammen arbeitete, und von dieser Justiz, die den ganzen Inhalt der 30 Aktenbände des Prozesses den Angeklagten ausliefernte, eine Aufhebung der politischen Hintergründe und wirkliche Befreiung der Schuldigen nicht zu erwarten ist.

Politische Karriere eines Sozialfaschisten

Der Dokumentenfall als Schönheitsrichter

Die „Kote Fahne“ hatte bekanntlich den sozialdemokratischen Presschef des Reichsinnenministeriums, den Dr. Theodor Haubach, als Hersteller des gefälschten kommunistischen Rundschreibens „angeprangert“. Die „Kote Fahne“ hat nachgewiesen, daß Haubach, der früher Führer der Hamburger Jungsozialisten, dann Reichsbannerführer in Hamburg und später zweiter Chefredakteur des sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ war, auf dem Wege über den ihm befreundeten Chefredakteur des „Hamburger Anzeigers“ kein Nachwort in diesem demokratischen Rundschreiben unterdrückte. Während dieser Sozialfaschist so im Auftrag Seewings und im Interesse der deutschen Bourgeoisie das Verbot der kommunistischen Partei vorbereiten hilft, finden wir seinen Namen in anderem Zusammenhang in dem jugenbergschen „Magazin“, das einen Aufruf zur Teilnahme an der Wahl der Reichstagskammer für 1930 abdruckt. Unter den Vertriebenen befinden sich neben Katharina von Kardorff-Helm und neben dem Prinz zu Wittgenstein auch der neuernannte Presschef im Reichsministerium des Innern, Dr. Theodor Haubach.

Eine infamistische Entwicklung! Vom Spieß im Spartakusbund zum Funktionär der Hamburger Jungsozialisten und dann General des Hamburger Reichsbanners, dann Redakteur des „Hamburger Echo“, dann Presschef zur Bekämpfung der Kommunisten bei Seewing und für 1930 Preisrichter über die Schönheitsbedingungen, deren Belanden er meilen und deren Hinter- und Vorderteil er degustieren muß.

So führen jene Reichsbannergeneräle den Kampf „zur Erneuerung Deutschlands“ auf der einen Seite als Volkseingeladene gegen die revolutionäre Arbeiterklasse, auf der anderen Seite als Richter über die Schönheit der Bourgeoisweibchen, denen sie allein als ersten Preis 10 000 Dollar zusprechen sollen.

Reichsbanner geht mit Hitler!

Ein Warnsignal für die Arbeiterklasse

Aus Chemnitz wird ein Ereignis gemeldet, das für die gesamte Arbeiterklasse von außerordentlicher Bedeutung ist.

Am 2. Januar trat das neugewählte Stadtparlament von Chemnitz zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Bei der Wahl des Präsidiums zeigte sich offen die Einheitsfront von den Demokraten bis zu den Hitlerleuten.

Die Nationalsozialisten wählten den Demokraten und Reichsbannermann Schierland als 1. Vorsitzenden, wofür die Demokraten mit dem Gauführer des Reichsbanners, Nordfried, den Nationalsozialisten Ritter ins Präsidium wählten!!

Dafür, daß die Demokraten und Reichsbannerführer offen in die Front mit den Nazis eingeschwenkt sind, erhalten sie noch ein Stadtratsmandat für einen jüdischen Großindustriellen!!

Die Sozialdemokraten sind über diesen Vorgang sehr beklüftet. Einmal haben sie eine grenzenlose Mut darüber, daß sie nicht mit von der Partie sein dürfen und nun ihren Koalitionsspartnern rücksichtslos beistehen, wobei die Arbeiterklasse aus diesem Vorgang ziehen wird. Das, was in Chemnitz geschieht, ist, gibt nämlich den

hundertprozentigen, durch nichts mehr hinwegzubastardierenden Beweis für unsere schon immer erhobene Behauptung, daß die Regierungsparteien gemeinsame Sache mit den Nationalsozialisten

machen und daß, wenn sie den Augenblick für günstig halten, offen in die Front des Faschismus einschwenken. Aber auch für das Zusammenspiel des Reichsbanners mit den Hitlerleuten ist der Beweis erbracht.

Demokratie im höchsten Glanz

SPD bietet 1000 Mark für einen Bürgermeisterposten

Mißglückter sozialdemokratischer Korruptionsversuch an kommunistischen Gemeindevertretern

In der ersten Sitzung der neugewählten Gemeindevertreter in Lettin (Saalkreis) gab die kommunistische Fraktion gegen den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher ein Kontraktionsvotum ab, da er einen infamen Erpressungs- und Korruptionsversuch unternommen habe, indem er unseren Genossen einen Revers vorlegte, ihn wieder als Gemeindevorsteher zu wählen, andernfalls ihm pro Woche und Vertreter 10 Mark zu bezahlen.

Am 30. Dezember, zwei Stunden vor der Gemeindevorsteherwahl, erschien der SPD-Mann wiederum bei einem unserer Genossen und bot ihm 1000 Mark an, wenn er ihm seine Stimme bei der Gemeindevorsteherwahl gebe. Obwohl unsere Genossen diese Korruption natürlich entschieden ablehnten, ging der sozialdemokratische Gemeindevor-

Das sind die Namen der Zollwucherer

Folgende Abgeordnete unseres Wahlkreises stimmten für Erhöhungen der Zölle und damit für die Verteuerung aller Lebensmittel

In der Sitzung des Reichstages vom 21. Dezember v. J. standen zur letzten und entscheidenden Abstimmung die von der Reichsregierung, auf Wunsch der Großagrarien, eingebrachten Zollserhöhungen. Die Regierungsvorlage enthielt eine Erhöhung des Zölle auf lebendes Vieh von 18 auf 27 RM, für Schafe von 18 auf 22,50 RM, für Schweine von 18 auf 27 RM, für Fleisch von 37,50 auf 45 RM, für Butter von 27,50 auf 50 RM, für Ragnen von 6 auf 9 RM, für Weizen von 6,50 auf 9,50 RM, für Mehl von 11 auf 17,50 pro Doppelentner und für Arbeitsschuhe von 120 auf 280 RM pro Tonne. Diese Zollserhöhungen sind der schwerste Schlag gegen die Arbeiterklasse auf zollpolitischem Gebiet seit Kriegsende und

überrufen selbst die Zollwucherer des Bürgerblocks aus dem Jahre 1925.

gegen die damals die SPD stimmte. Es ist daher kein Zufall, daß die Parteien der Großagrarien und der Schwerindustrie ohne weiteres diesen Zollserhöhungen zugestimmt haben. Neu aber ist die Tatsache, daß zum ersten Male auch alle Sozialdemokraten, „links“ wie „rechts“, ihre Stimme für diesen unerschämten Zollwucher abgegeben haben. Nach dem jetzt vorliegenden amtlichen Sitzungsprotokoll (122. Sitzung) stimmten für

den verschärften Zollwucher und damit für eine weitere Verteuerung des Arbeiterhaushalts, folgende sozialdemokratische Abgeordnete unseres Wahlkreises:

Fischer, Tony Sender, Krähig, Schirmer und Metz.

Alle diese sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten auch gleichzeitig, nachdem sie den kommunistischen Antrag auf Streichung der Zölle niedergestellt hatten, gegen den kommunistischen Eventualantrag, die Zölle auf den alten Höhe zu belassen.

Besonders merkwürdig muß sich die Arbeiterklasse aber auch die Namen der nationalsozialistischen Abgeordneten, die ebenfalls bei der Zollabstimmung ihr wirtschaftliches Gesicht zeigten. Laut dem amtlichen Sitzungsprotokoll stimmten folgende Nationalsozialisten für den Zollwucher:

Buch, Ritter v. Epp, Dr. Graf, Dr. Goebels, Graf zu Kevontlow, Stöhr, Wagner, Wilhelms (Hannover).

So ergab sich also eine Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten für den Zollwucher der Nachkriegszeit.

Jeder Arbeiter weiß jetzt, bei wem er sich für die kommende Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel zu bedanken hat und wem er dafür die Quittung geben muß.

Gegen Betriebsstilllegungen, für die Opfer der Unternehmerwillkür

Eine Interpellation der kommunistischen Reichstagsfraktion

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte im Reichstag folgende Interpellation ein:

„Zur gleichen Zeit, wo die Erwerbslosigkeit bereits wieder die Zahl von 2 1/2 Millionen übersteigt, geht das Unternehmertum mit Unterstützung der Sozialdemokraten dazu über, eine neue verschärfte Rationalisierung in seinen Betrieben durchzuführen, neue Massenentlassungen vorzunehmen und ganze Betriebe stillzulegen. So wurde am 31. Dezember 1929 die Vulkanwerk in Hamburg, die Anfang Dezember noch 5000 Arbeiter beschäftigte, stillgelegt und mit dem 31. Dezember die letzten 1800 Arbeiter entlassen. In der Schuhindustrie in Westfalen wurden zum Jahreschluss 1929 die größten Betriebe stillgelegt. Bei der Firma Flöring wurden 1100 Arbeiter, bei der Firma C. Frig 450 Arbeiter, bei der Firma Siebel 60 Arbeiter, also insgesamt 1600 Schuharbeiter entlassen.

Infolge der Umgruppierungen in der deutschen Hüttenindustrie und der Neuverteilung der Produktionsquoten im Röhrenverband haben bereits der Hagenener Betrieb der Rheinischen Stahl- und Walzwerke, und im Siegerland die Firma Storp u. Schönberg AG einen Stilllegungsantrag gestellt. Insbesondere sind in Berlin, im ganzen Ruhrgebiet und in Sachsen bereits zahlreiche Betriebe stillgelegt oder in ihrem Umfang eingeschränkt worden.

Die angeführten Beispiele sind nur ein Bruchteil der in ungeheurem Ausmaß vor sich gehenden Betriebsstilllegungen und Betriebsbeschränkungen, denen in den nächsten Wochen und Monaten noch weitergehende folgen sollen. Diese Maßnahmen des deutschen Trustkapitals sind diktiert von dem Bestreben, auf Kosten der Notlage breiterer werktätiger Schichten höhere Profite zu erzielen, die Kapitalanhäufung zu fördern, alle Kosten des Youngplans auf die Arbeiterklasse abzumwälzen und die

Konopolstellung der einzelnen Industrien zum Zwecke der Preisstreckerei zu stärken.

Die Folgen dieser Unternehmerpolitik müssen sein, in Verbindung mit der vom Reichstag beschlossenen Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung, dem direkten Unterstützungsabbau auf gesetzlichem und Verwaltungswege, der letzten erfolgten Zollserhöhungen für die wichtigsten Lebensmittel und Verbrauchsartikel und der bereits beschlossenen Erhöhung der Klassensteuern ein rapides Anwachsen der jetzt schon unerträglichen Notlage des arbeitenden Volkes.

Ist die Reichsregierung bereit, entsprechend den Forderungen der gesamten Arbeiterklasse

1. zu veranlassen, daß die bereits durchgeführten Betriebsstilllegungen sofort rückgängig gemacht werden?
2. Weitere Betriebsbeschränkungen und Betriebsstilllegungen zu verhindern?
3. Der rasch ansteigenden Erwerbslosigkeit durch sofortige gezielte Festlegung des Siedenfundentages wirksam entgegenzutreten?
4. Zu veranlassen, daß den durch die Betriebsstilllegungen und -einschränkungen zur Entlassung gekommenen Arbeitern und Angestellten der volle Arbeitslohn bis zur Wiederbeschäftigung weitergezahlt wird?
5. Die beschlossenen Verschlechterungen der Erwerbslosenversicherung sofort aufzuheben?“

Berlin, den 4. Januar 1930.

1600 Arbeiter von Schubert & Salzer, Chemnitz, fliegen auf die Straße

Am Freitag sind in noch größerem Maße als bisher angekündigt die Massenentlassungen bei Schubert u. Salzer in Chemnitz durchgeführt worden. 1600 Arbeiter haben ihre Papiere erhalten und sind damit für lange Zeit zum Stempeln und Hungern verurteilt. Nach uns zugegangenen Mitteilungen soll bis auf einen kleinen Teil auch die übrige Belegschaft noch entlassen werden.

Deutsche Werkstätten in Hellaerau entlassen 100 Arbeiter

Wie überall im Reich, werden auch in den Dresdner Betrieben Massenentlassungen vorgenommen. So wurden jetzt in den Deutschen Werkstätten Hellaerau am 8. Januar 100 Arbeiter gekündigt.

Hinter den Kulissen im Haan

Militärpolitische Einigkeit gegen die Sowjetunion

Berlin, 6. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Soweit über die Konferenz im Haag Berichte herausgegeben worden sind, handelt es sich ausschließlich um die Festlegung finanzieller Einzelheiten des Youngplans. So wurde u. a. festgelegt, daß die von der Reichsbahn aufzubringenden Einnahmen von jährlich 600 Millionen Mark in monatlichen Raten jeweils am Monatsende zu zahlen sind. Die Frage, wie die Sanctionsklausel des Verfallvertrages mit dem Youngplan in Vereinbarung zu bringen ist, soll offenbar in der offiziellen Sitzung überhaupt nicht mehr berührt werden. Mit aufsehender Leberegung schlägt sowohl die Berliner wie die Pariser Presse vor, die Frage der Sanktionen auf der Haager Konferenz überhaupt unerwähnt zu lassen. Es ist sicher, daß in den geheimen Verhandlungen gerade die militärpolitischen Fragen eine große Rolle spielen und der Umstand, daß man diese Frage aus den öffentlichen Verhandlungen herauslassen will, spricht dafür, daß hinter den Kulissen eine noch weitergehende Einigung als bisher schon zwischen den ehemaligen Siegern und besiegten Staaten des Weltkrieges auf Kosten einer militärpolitischen Vereinbarung, die sich gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Sowjetunion richtet, zustande gekommen ist.

Bombenattentate der Faschisten sollen verurteilt werden

Berlin, 6. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie die „Montagpost“, Montagausgabe der Ulsteinischen Morgenpost, mitteilen weiß, findet der Prozeß gegen die faschistischen Bombentäter, die bekanntlich alle aus der Untersuchungshaft entlassen worden sind, nicht in Berlin statt. Wenn diese Meldung zutrifft, bedeutet das faktisch, daß nicht ein zusammengefaßter Prozeß gegen die einheitlich vorgegangenen faschistischen Bombenattentäter stattfindet, sondern daß in einer Reihe von Einzelprozessen die deutsche Klassenjustiz eine Teilaktion gegen die schicksalhaften Täter durchführt und auf diese Weise noch mehr Gelegenheit zur Vertuschung und zu Freisprüchen gegeben ist. Ist etwas anderes zu erwarten von der Regierung Müller? Ein Lor, wer da glaubt, daß den Ehrhardt- und Hiltmannen auch nur im geringsten nachgestellt wird durch die Justizministerie der Trustkapitalisten. Der Justizapparat ist da zur Knebelung der Proleten. Die Bombenattentäter aber haben ihre Verbrechen im Einverständnis mit den heutigen Mächthabern durchgeführt. Sie sind die Agentenproleten des Trustkapitals und werden deshalb für ihre „nationalistische“ Tat belohnet werden. Dieser Stand ist ein Warnruf für die Massen, alle Kräfte gegen diese Klassenjustiz zu mobilisieren.

Wir Straßensehrer

Wir Straßensehrer segnen das Pflaster Von Rot, von Schmutz und Dreck.

Wir Straßensehrer segnen die Straße Von Schnee, Papier und Laub

Wir Straßensehrer segnen die Städte Von totem Unrat rein,

M. Z.

Ihr seid einander wert!

Rösch lügt und Döhlisch verschweigt unangenehme Feststellungen

In der Stadtratsversammlung vom 19. Januar drohte der sozialdemokratische Vorsitzende Döhlisch den kommunalistischen Vertreter, er solle auch gegen sie dieselben Maßnahmen, wie gegen die übrigen Tribünenbesitzer anwenden...

Im Verlauf der gestrigen Stadtratsversammlung wandten sich in einer Erklärung gegen die kommunalistischen Pressenvertreter, die durch Zwischenrufe störend in die Handlungen des Stadtratskollegiums eingegriffen und bei Wiederholung evtl. dieselben Maßnahmen, die gegen die Tribünenbesitzer angewandt werden können, zu gewärtigen hätten.

Als Berichterstatter der Arbeiterstimme stelle ich hierzu fest, daß mein auf der Tribüne anwesender Parteigenosse Goldhammer gegen den Stadtratsbesitzer Rösch die Ausdrücke 'Demokrat', 'Volksgeist' usw. gebraucht hat...

Herr Döhlisch unterließ aber, diesen Brief in der letzten Stadtratsversammlung vom 20. 12. 29 bekanntzugeben. Der Brief war auch nicht im Eingangsergebnis angeführt.

Der Reigen der Verkehrsunfälle vom Sonntag

Mehrere Zusammenstöße - Ein tödlich verlaufenes Unglück

Am der Kreuzung Hunn- und Freiburger Straße stießen, wie gemeldet wird, gestern Sonntag gegen 10 Uhr zwei Kraftfahrzeuge, ein mit sichscholawalischer Erlaubnisnummer versehenes Auto und der Wagen des Kaufmanns Herbert Döhlisch aus der Wachsblüchstraße 22 in Friedrichstadt, der auf dem Wege zu seiner Braut war, zusammen.

Am gleichen Tage stießen in Dresden-Cotta an der Kreuzung Hamburger Straße und Hölzelweg ein Motorradfahrer und ein Kraftwagen mit Seitenwagen zusammen.

Weiter ereignete sich in der 12. Stunde an der Ecke der Kankarien- und Pirnauer Landstraße ein häßlicher Autounfall und der Kraftwagen eines Chemnitzer Möbelhändlers aneinander.

Der Chemnitzer Wagen wollte den Autobus überholen, ließ an einem Telegraphenmast und einem Baum, der Autobus gegen einen Kankariendamm. Von den Insassen der beiden Fahrzeuge wurden 5 leicht verletzt.

In den Abendstunden des Sonnabend kam ein Kraftwagen die Zauner Straße herein und mußte, um einen Fußgänger nicht zu überfahren, plötzlich scharf bremsen und ausbiegen.

Das Sachsenwerk vom Arbeitsgericht „verurteilt“

Ein „selten schönes Urteil“ am Eliasplatz

Dresden, 4. Januar.

Vor dem Arbeitsgericht klagte der Elektromonteur Kohband den das Sachsenwerk auf Rückzahlung von 106 RM als Differenzbetrag des Tariflohnes. Der Kläger wurde von der klagenden Firma, wie aus den Ausführungen ihres Vertreters vorgeht, für den Turbinenbau beim Sachsenwerk Nieder-Ortha als Lagerantwerter-Monteur eingestellt.

Obermonteur Woiße als Zeuge erschienen. Unter dessen Leitung hatte der Kläger seinerzeit gearbeitet und war von ihm beim Abgang sehr gut beurteilt worden.

Protest gegen die Verschlechterung der städtischen Betriebe!

Kommt in die Versammlungen der Kommunistischen Partei Mittwoch, 8. Januar, 20 Uhr, Blumenstraße, Blumenstr. 8 Donnerstag, 9. Januar, 20 Uhr, Reichsdamm, Bischofsweg

Nichts Neues für Dresden!

Manöverchen! Manöverchen! Manöverchen!

Die Sozialdemokraten „stoßen gegen die Sittlichkeitsverbrecher im Dresdner Polizeioffizierskorps vor“

Dresden, den 6. Januar 1930.

Unsere Lesern ist noch sehr deutlich in Erinnerung, daß wir bei unseren Angriffen auf die vier Polizeioffiziere Witzsch, Lehmann, de Lemos und Schleichs (die wir in aller Öffentlichkeit als Sittlichkeitsverbrecher entlarften, indem wir als erste Tageszeitung zu den beispiellosen Vorstellungen dieser Leute Stellung nahmen), immer wieder betonen mußten, welche erbärmliche Haltung zu diesem beispiellosen Skandal die sozialdemokratische Dresdner Volkszeitung einnimmt.

Es blieb der sozialdemokratischen Provinzpresse vorbehalten, Einzelheiten aus der von uns aufgedeckten bürgerlichen Sumpfbüchse zu veröffentlichen und eine eigene, wenn auch sehr vorsichtige Stellungnahme zu diesem Skandal zu geben.

Über — das war auch alles! In den Spalten der Dresdner Volkszeitung zeigte sich nichts! Sie blieben für Angriffe auf die Witzschs in Polizeiform geschlossen, blinzelten sich nur, als Herr Kühn, Polizeipräsident und allsozialistischer Partei„gegner“ der „Dinken“ vom Wettersplatz eine lange für seine Offiziere drach und der Arbeiterstimme eine Beseligmachung anlässlich, weil diese es gewagt hätte, anzudeuten, daß das Polizeipräsidium gegenüber der Öffentlichkeit eine recht eigenartige Stellung bei der öffentlichen Diskussion dieser Angelegenheit einnehme.

Inzwischen ist sowohl seitens der kommunistischen Landtagsfraktion als auch von der Dresdner Stadtratsopposition eine Vorladung gegen die Polizeioffiziere unternommen worden.

Die kommunistische Landtagsfraktion forderte zunächst in einer Anfrage über bestimmte Details dieser Angelegenheit Auskunft von der Regierung. Sie belieh es zunächst aus bestimmten Gründen — nur bei einer Anfrage und stellte keinen konkreten Antrag. Die Dresdner kommunistische Stadtratsopposition aber brachte bereits vor Wochen einen Antrag ein, der folgendermaßen lautet:

„Kollegium wolle beschließen, a) den Rat zu ersuchen, den Tugendamt anzuweisen, die gegen die Opfer der vier Dresdner Polizeioffiziere verhängte Zwangsarbeitsverpflichtung sofort aufzuheben, b) von der sächsischen Landesregierung die beschleunigte Durchführung eines gerichtlichen Verfahrens gegen die vier schuldigen Polizeioffiziere Lehmann, de Lemos, Witzsch und Schleichs zu fordern, c) den Rat zu ersuchen, sich dem Vorgehen unter b) anzuschließen.“

Die SPD lehnte in trauerlicher Gemeinschaft mit den bürgerlichen Fraktionen die Behandlung dieses Antrages ab! Jetzt bringt die sozialdemokratische Presse allgemein eine Notiz, wonach die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen Antrag gestellt habe, die Witzschs aus dem Dienst zu entlassen. Die Notiz lautet:

„Der Sittlichkeitsstandal bei der Polizei. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat im Landtag einen Antrag eingebracht, in dem sie die sofortige Entlassung der in

den Sittlichkeitsstandal bei der Dresdner Polizei verurteilten Offiziere fordert.“

Nachdem die sozialdemokratische Dresdner Stadtratsopposition in der Schlußsitzung 1929 die Behandlung des kommunalistischen Antrages ablehnte, weiß es wenig wichtig sei, kann diese „großzügige Geste“ der sozialdemokratischen Landtagsopposition nur eigenartig anmuten.

Ebenso schäbig, wie die Handlungen dieser Dresdner Polizeioffiziere, ebenso schäbig und erbärmlich waren die rechtlichen Maßnahmen bei der Niedererschlagung der Sozialdemokraten der Berliner Arbeiter im Jahre 1929 unter dem Regiment des Sozialdemokraten Jügelbel.

Das selbige stellt sich uns notwendig, weil die Sozialdemokraten durch ihren Antrag den Eindruck zu erwecken versuchen, als seien sie grundsätzlich gegen die Polizei als kapitalistisches Unterdrückungsinstrument.

Die SPD bejaht, samt ihren „linken“ Maulanzweibern, die Rolle der Polizei bei der Niedererschlagung rebellierender Arbeiter. Die SPD bejaht damit den Arbeitermord. Unfähig des großen Dresdner Landtagsantrages, der heute bekannt ist, hat es ein bedeutungsloses Zeichen für jeden Arbeiter. Mit ihrem Antrag gegen die Sittlichkeitsverbrecher treten die Sozialdemokraten und ihre Beside den Klassenbewußten Arbeitern seinen Feind in die Augen. Die Arbeiterstimme wehrt.

Die SPD will den guten Ruf der Polizei gemahet wissen, damit deren Knüttelmethode gegen die Arbeiterstimme in der breiten Öffentlichkeit mehr Verständnis und Anerkennung finden.

Der umsichtige Schullehrer als Wüstling

Herrnbeck (Schl. Schwet), hat ins Grenzlose geht, was sich der heilige Lehrer J. erlaubt. Wahrscheinlich ist er der Meinung, daß es mit zur Erziehung gehört, wenn er 10- bis 12-jährigen Schülerinnen unter die Röde greift. Wir glauben, daß er dazu keinerlei Auftrag hat.

Ein Mädchen hat sich in die Hand geschnitten. Man vermutet, daß es deswegen geschehen ist, um nicht mehr zu diesem Wüstling in die Schule gehen zu müssen. Darüber wird die in Kürze stattfindende Verhandlung wohl Aufklärung bringen. Es wird gemunkelt, daß der Lehrer J. sogar Mitglied der SPD ist, aber zumindest mit diesen Demas- und Skandal-Korruptionen inamathisier. Vorläufig hat man diesen „lauberen“ Herrn vom Dienst suspendiert.

Dresdner Volkshöhe. Am Montag den 6. Januar werden die Mitglieder zum Besuch des Residenz- und Central-Theaters aufgerufen. Der Kartenpreis beträgt 2,20 RM. Die Ausgabe erfolgt in der gleichen Weise wie in den übrigen Theatern.

Achtung, Stadttelle! Heute Material für 222-Voranstellungen im Parteibüro abholen.

AM KOPFHÖRER

Montag den 6. Januar 16,30: Nachmittagskonzert. 18,05: Die Sendezeitung spricht 15 Minuten für alle. 18,20: Weiterausgabe und Zeitangabe. 18,30: Literarische Umschau: Kritik des Jahrhunderts. 18,55: Arbeitsnachweis. 19: 30 Jahre milderliche Kunst. 19,30: Humoristisches Kaffeehaus. 20,05: Sinfoniekonzert. 22: Orgel der Stadtkirche. 2. Vortrag: Atem der Städte. 22,30: Zeitangabe, Weiterausgabe, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 24: Langmusik.

Dienstag den 7. Januar 16,30: Operettennachmittag. 18,05: Umschau in der Welt der Frau. 18,30: Weiterausgabe und Zeitangabe. 18,50: Französisch. 18,55: Arbeitsnachweis. 19: Die Ausbildung der höheren Lehrer. 19,30: Veranstaltung von Schallplatten. 20,30: Mit dem Mikrofon in einer Autoschule. 21: Randnotizenkonzert. 21,30: Studio der Mitteldeutschen Sender. 22,15: Zeitangabe, Weiterausgabe, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 24: Tanz- und Unterhaltungsmusik.

Kulturrevolution und sozialistischer Aufbau

Industrialisierungs-Weihnachten in der Sowjetunion — Ein Tagesverdienst für den sozialistischen Aufbaufonds Maschine und Traktor als Hebel des kulturellen Fortschritts — Rote Armee ein Pionier der sozialistischen Kultur

Der Klassenkampf gegen das religiöse Opium, gegen die Verhinderung des herrschenden Proletariats und vor allem seine Verbündeten, die Bauernschaft, durch die religiöse Volksverdummung an die alte, defekte Welt des Kapitalismus zu setzen, leidet in der Sowjetunion in diesem Jahre einen gewaltigen Sieg. Das Proletariat der Sowjetunion hat Weihnachten, dieses gefährlichste aller bürgerlichen Feste der geistigen Verwundung und materiellen Ausplünderung des werktätigen Volkes, emöglicht befreit.

Tag der sozialistischen Industrialisierung

Zu Weihnachten wird in allen Betrieben der Sowjetunion regelmäßig gearbeitet. Nicht nur in den bereits als die ununterbrochene Arbeitswoche umgestalteten Betrieben wird auf die traditionelle Tradition der Weihnachtsfeier abgebrochen, sondern auch in den Betrieben, die noch auf Grund des alten Kalenders arbeiten, haben die Arbeiter beschlossen, den ersten Weihnachtsfeierabend zum Industrialisierungstag zu erklären, an diesem Tage volle Arbeit zu leisten und den ganzen

christlichen kapitalistischen Länder einlegen. Das Ziel, das dabei verfolgt wird, ist, innerhalb der nächsten drei bis vier Jahrzehnte die allgemeine Mittelschulpflicht zu verwirklichen, d. h. allen Werktätigen einen Bildungsweg zu geben, über den in den kapitalistischen Ländern nur wenige verfügen.

Obwohl erst die Fortschritte des wirtschaftlichen Aufbaus des Sozialismus die materiellen Voraussetzungen für die Einführung des Bildungswesens schaffen werden, so erhebt sich schon das heutige Schulwesen der Sowjetunion auf rein zahlenmäßig himmelweit über das der Vorkriegszeit.

In den Volksschulen sind schon im Jahre 1926-1927 (das ist die letzte uns vorliegende Statistik, seitdem ging eine weitere järmliche Entwicklung vor sich), also in einem Jahre, in dem das wirtschaftliche Niveau der Vorkriegszeit eben erst kaum erreicht wurde, 9 903 000 Schüler erzogen worden, gegenüber 7 234 000 Schüler in der Vorkriegszeit, also um etwa 2,7 Millionen oder 37 Prozent mehr. In den Mittelschulen ist das Verhältnis: 785 000 gegen 384 000 Schüler, d. h. um 39 Prozent mehr als in der Vorkriegszeit.

Im Hochschulwesen ist nicht so sehr die zahlenmäßige als vielmehr die soziale Umwälzung das Ausschlaggebende. Während in der Vorkriegszeit die Kinder von Arbeitern und Bauern in den seltensten Fällen in die Hochschulen gelangen konnten, betrug der Prozentsatz der Arbeiter- und Bauernkinder unter den Hörern der Hochschulen schon im Jahre 1926-1927 51 Prozent.

Einst



Tagesverdienst für den Fonds der Industrialisierung und für den sozialistischen Aufbaufonds abzuliefern.

Kirche und Religion sind auch in der Sowjetunion noch immer die gefährlichsten Feinde der proletarischen Kulturrevolution. Sie sind aufs engste mit den Klassenfeinden der Regierenden Arbeiterklasse, mit den kapitalistischen und Kulaken-Elementen verbündet. Am anschaulichsten war dieses Bündnis zwischen Religion, Kulaken und ausländischer Bourgeoisie bei der jüngsten Kulakenauswanderung und der mit ihr verbundenen Antikommunistenbewegung. Aber auch im Alltagsleben des Sowjetvolkes kommt dieser Kampf stets zum Ausdruck. Religiös sein heißt Feind der Kollektivierung, Feind des sozialistischen Aufbaus in Stadt und Land sein. Es gibt kaum eine aufgedeckte konterrevolutionäre Verschwörung, in die nicht einige Popen verwickelt sind.

Heute, in der Periode der entfalteten sozialistischen Offensive, ist auch der Kampf gegen die Religion in ein entscheidendes, aktives Stadium eingetreten. Allerdings war die Sowjetmacht schon vom Anfang ihrer Herrschaft an die einzige Macht der Welt, die die alte — noch bürgerlich-revolutionäre — Forderung der Trennung zwischen Kirche und Staat voll durchgeföhrt und darüber hinaus der Kirche ihre Macht über die Jugend entzogen hat, indem sie den Religionsunterricht in den Schulen und jede religiöse Erziehung von Jugendlichen unter 18 Jahren verbot, und in den zwölf Jahren ihres bisherigen Bestehens alles aufbot, den Einfluß der Religion, dieser letzten ideologischen Stütze der Ausbeuterherrschaft, Schritt für Schritt zu überwinden.

Die zaristische Barberei überwunden

Wie in keiner ökonomischen und politischen Revolution, so mußte das Proletariat der Sowjetunion auch in seiner Kulturrevolution im Vorbelgehen noch eine ganze Reihe von ungeheuren Aufgaben der bürgerlichen Revolution mit übernehmen. Im Jahre 1917 fand Rußland kulturell unter allen Staaten Europas und Amerikas an letzter Stelle. Selbst Länder wie Japan, Mexiko, Kubo, Panama, Uruguay usw. waren ihm voraus. Fast 70 Prozent der Männer und mehr als 80 Prozent der Frauen im Alter von über acht Jahren waren des Lesens und Schreibens unfähig. Das Schulwesen befand sich zum allergrößten Teil in den Händen der Kirche. Die unterdrückten Nationalitäten waren kulturell noch mehr als die russischen Werktätigen unterdrückt. Viele Nationalitäten hatten überhaupt kein eigenes Alphabet. Die Mittelschule und insbesondere die Hochschulen waren nur den Kindern der bestehenden Klassen zugänglich.

Ein Vergleich mit einigen kapitalistischen Ländern zeigt, welche schwere Erbschaft das Proletariat vom Zarismus übernommen hat.

Die Zahl der Lernenden von 100 Einwohnern betrug in den Vereinigten Staaten 22, in England und Deutschland 17, Frankreich 14 usw., in Rußland jedoch insgesamt 3,56. Die Ausgaben für Volksaufklärung beliefen sich pro Einwohner in der Schweiz auf 6,08 Rubel, in England 6,04, in Frankreich 2,80, in Deutschland 4,10 Rubel, in Rußland aber nur 56 Kopeten*).

Der Kampf gegen das Analphabetentum

Die größten Anstrengungen der Sowjetmacht mußten und müssen also vor allem auf das Ausschalten dieser elementaren Verfassnisse des russischen Zarismus gerichtet werden. Neben der Bekämpfung der Kirche und Religion ist die Liquidierung des Analphabetentums die zentrale kulturelle Aufgabe des Sowjetproletariats.

Die Einführung der allgemeinen Schulpflicht ist das nächste allgemeine Ziel, das natürlich ungeheure materielle Opfer verlangt. Während der Zarismus aber erst in 25 Jahren (!) die Einführung der allgemeinen Schulpflicht ermöglichte, ist der Wirtschaftsaufbau der Sowjetunion bereits so weit fortgeschritten, daß eine volle Durchführung dieser Aufgabe etwa in sechs Jahren möglich sein wird. Dann kann in raschen Schritten der Kampf um die Überwindung der fort-

Die Offensive an der Kulturfront

Küßerdem gibt es eine ganze Anzahl von Schulen neuen, proletarischen Typs, so die Arbeiterfakultäten, mit 45 700 Hörern (im Jahre 1926-1927), 15 „kommunistische Universitäten“ mit 8200 Hörern, 300 „Sowjet- und Partei-schulen“ mit 31 600 Schülern, Analphabetenkurse, in denen jährlich viele Hunderttausend Erwachsene lesen und schreiben lernen, 888 allgemeine Bildungsschulen und Arbeiter-universitäten mit 105 000 Arbeiter- und Bauernhörern, 22 125 Dorfschulen, 10 200 Volkshäuser und Bauernhäuser, — alles Institutionen, die der Hebung der Kultur der werktätigen Bevölkerung dienen.

Noch viel mehr als für die Hebung des allgemeinen Kulturniveaus leistete die Sowjetmacht für die Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsstufe der während des Zarismus unterdrückten Nationen. In welchem Maße die Sowjetunion gerade für die nationalen Gebiete sorgt, um deren Rückständigkeit zu überwinden, zeigt folgender Vergleich: Das Grundvermögen der gesamten Industrie der Sowjetunion soll auf Grund des Fünfjahresplans im Durchschnitt um 280 Prozent wachsen. Dieses Wachstum wird aber auf die einzelnen Nationalgebiete derart verteilt, daß auf Transkaukasien 302 Prozent, auf die Ukraine 308 Prozent, auf Weißrußland 442 Prozent, Mittelasien 494 Prozent, Kasachstan 540 Prozent, Tschuwaschenrepublik 618 Prozent, Jakutien 1350 Prozent entfallen.

Im gleichen Verhältnis wird auch für die kulturelle Entwicklung dieser rückständigen nationalen Gebiete gesorgt. So wurde in der Transkaukasischen Sowjetrepublik die Zahl der Analphabeten von 92 Prozent in der Vorkriegszeit auf 73 Prozent gesenkt. Im laufenden Jahre allein wird hier 200 000 Erwochnenen des Lesens und Schreibens beigebracht. Die nationale Bevölkerung erhält nicht nur das Recht auf eigenes Schulwesen, auf eigene kulturelle und wissenschaftliche Entwicklung, diese Entwicklung wird überdies von den zentralen Unionsbehörden wirksam gefördert.

Der proletarische Fachmann

Die Kulturrevolution entwickelt sich natürlich nicht im luftleeren Raum. Sie ist keinesfalls nur ein Produkt, sondern ebensolcher auch Voraussetzung des sozialistischen Aufbaus. Die gewaltigen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus können mit einer kulturell rückständigen Bevölkerung nicht durchgeführt werden. Vor allem bedarf es für die gewaltigen Industrialisierungsaufgaben einen gewaltigen Kadet von proletarischen Fachleuten, Ingenieuren, Technikern und Agronomen, die die Industrialisierung der Sowjetunion und die Bergbau- und Maschinenbau- und Landwirtlichkeitsentwicklung fördern können.

Die alten Fachkräfte sind nicht nur zahlenmäßig ungenügend, sondern auch teilweise sozial unfähig geworden — infolge ihrer individualistischen oder gar vollständig konterrevolutionären Einstellung —, den sozialistischen Aufbau technisch zu leiten. Es werden im Rahmen des Fünfjahresplans die technischen und sonstigen Hochschulen sowie Berufsschulen vergrößert, es wird ein ganzes Heer neuer proletarischer Fachleute herangebildet.

Um nur ein stichwortartiges Bild über die Bedürfnisse des Aufbaus an leitenden Kräften zu geben, erfordert die Durchführung des Fünfjahresplans in der Industrie 25 200 neue Ingenieure und 40 000 neue Techniker sowie die Heranbildung bzw. Umschulung von 1—1,5 Millionen alten und neuen gelernten Arbeitern, im Bauwesen braucht man 230 000 neue gelernte Arbeiter neben einer Anzahl von neuen Architekten, im Verkehrs-wesen etwa 4000 neue Ingenieure, 12 000 neue Techniker und 500 000 neue gelernte Arbeiter, in der Landwirtschaft 14 000 neue Agronome und Agraringenieure, viele Hunderttausende Traktorenführer und Mechaniker usw.

Alle diese Kräfte sollen fast ausschließlich aus dem Kreis des Proletariats herangebildet werden, die durch Fünfjahres-pläne und Siebenrundenplan gesteigerte Fortbildungsmöglichkeiten erhalten.

Vom zaristischen „Herdenvieh“ zum kollektiven Menschen

Die größte Erziehungsaufgabe der Kulturrevolution ist aber, daß sie bereits beginnt, aus dem kapitalistischen Lohnknechten und dem „Ruhst“, dem bittigen, beschränkten Bauer, den neuen selbstbewußten kollektiven Menschen massenhaft heranzubilden. Menschen, die nicht durch die Kautz zur Arbeit im Interesse der Kapitalisten getrieben werden, son-

dern sich als Herren ihres Landes und ihrer Wirtschaft fühlen und ihre Pflichten gegenüber ihrer eigenen Klasse freiwillig, zwanglos, mit Initiative erfüllen.

Der sozialistische Wettbewerb, die Stößbrigaden und ähnliche Erscheinungen der Massenaktivität sind die größten Erziehungsaufgaben der Kulturrevolution.

Aber auch diese Seite der Kulturrevolution — eine Revolution im wahren Sinne des Wortes — macht nicht halt in den Städten. Sie wurde zusammen mit den Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen hineingetragen in das Dorf.

Ein englischer Journalist, den der „Daily Herald“ mit dem besonderen Auftrag nach der Sowjetunion sandte, zu untersuchen, wie weit die Kollektivierung des Sowjetdorfes eine reelle Angelegenheit sei, berichtet an seine Zeitung unter anderem folgendes:

„Die Erfolge des Traktors befreiten die Bauern, und heute ist der Traktor nicht nur politisch, sondern er ist auch die Verkörperung neuer Hoffnungen. Die Bauern, mit denen ich zu sprechen Gelegenheit

und jetzt



hätte, glauben nicht mehr daran, daß sie in gleicher Armut leben werden, wie ihre Eltern und Großeltern gelebt haben.

Als ich aber die Kollektivwirtschaften besuchte, überrastete mich nicht die Maschine selbst, die hier eine neue Welt schafft, sondern die Bauern, die um sie arbeiten. So gab hier manche, worüber man sich wundern mußte. Ist denn das das gleiche Volk, das Jahrhunderte hindurch so sehr an seinem kleinen Flecken Boden hing, obwohl es auf ihm fast verhungerte?

Jeder, der die Psychologie des russischen Bauern kennt, aber sie zu kennen sich einbildet, würde die Möglichkeit einer solchen Veränderung seiner sozialen Einstellung verwirren. Ich muß gestehen, daß auch ich nicht daran geglaubt hätte, hätte ich es von jemandem anderen erzählen hören. Als ich mit den Bauern sprach, über ihren Gesprächen lauschte, aber sie in Besprechungen reden hörte, mußte ich mir vor Herabwürdigung die Augen reiben.

Einen besonderen Eindruck hat auf mich ein Meeting im Dorfe Kurjawa gemacht. Als wir dort ankamen, haben die Bauern gerade die Frage der Veranschaulichung von drei großen und elf kleineren Kollektivwirtschaften in eine Wirtschaftseinheit erörtert. Die Zielklarheit, die hohe Zivilisationsstufe und die Fähigkeit, den eigenen Gedanken klar und bereit zum Ausdruck zu bringen, waren für mich, der ich den vorrevolutionären Rußland kannte, eine wirkliche Offenbarung. Ist denn das das gleiche Heilige, graue „Herdenvieh“, wie man es einst nannte? Die Stärke dieses Rußland nehmen jetzt Leute ein, die ihre Kraft und ihre Aufgaben vorzüglich erkannt haben und sie vorzüglich zum Ausdruck bringen können.“

Diese Zellen eines teilweise kommunistischen Journalisten sind das beste Zeugnis für die ungeheure Durchdringungskraft der proletarischen Kulturrevolution.

Die Rote Armee als Stoßtrupp der Kulturrevolution

Die Aufschaltung der Erziehungsaufgaben der proletarischen Kulturrevolution kann nicht abgeschlossen werden, ohne eine der wichtigsten Instrumente dieser Kulturrevolution, die Rote Armee, zu erwähnen. Die Bedeutung der Roten Armee als Kulturfaktor ist nicht nur deshalb so groß, weil es keinen Soldaten gibt, der die Rote Armee als Analphabet und ohne ein hohes Maß allgemeiner, natur- und gesellschaftswissenschaftlicher Kenntnisse verläßt, sondern darüber hinaus: die aus der Roten Armee heimkehrenden Soldaten werden gewöhnlich zu den eifrigsten, selbstständigsten und gebildetsten Kämpfern in ihrem Dorfe, für den sozialistischen Aufbau, für die sozialistische Kultur.

In der Roten Armee lernt der Soldat nicht nur, wie er sein proletarisches Vaterland an der Front zu verteidigen, sondern auch, wie er einen Traktor führen, wie er eine Kollektivwirtschaft organisieren usw kann. Das internationale Proletariat muß also diese Armee der proletarischen Befreiung nicht nur als einen Machtfaktor, sondern auch als proletarischen Kulturfaktor ersten Ranges schätzen und lieben.



Die Bolschewiki haben sich durch das sozialdemokratische Geschwätz nicht beirren lassen, daß man auf einer so niedrigen Kulturstufe, auf der das zaristische Rußland stand, keine Revolution machen könne. Sie haben, wie Lenin klar sagte, „die Sache beim anderen Ende gepakt“. Sie haben die Revolution vorwärtsgeführt und die kulturell fortgeschrittenen Völker Europas und Amerikas zu überholen“. Nur die revolutionäre Zerstörung der ganzen bürgerlichen Ordnung mit ihren Pfaffen und Sozialdemokraten, nur die Errichtung der proletarischen Diktatur hat diese Erziehungsaufgaben der Kulturrevolution, bei deren Anblick selbst bürgerliche Verächter sich vor Herabwürdigung „die Augen reiben“, ermöglicht.

* Ziffern entnommen aus Panfilov: „Die Kulturfront heute und fünf Jahren.“

Rund um den Erdball

Er trieb seine Kameraden in den Tod

Die Wahrheit über die Schuld des nationalsozialistischen Führers Neumann an dem Unglück im Riesengebirge

Die besonderen Umstände, der verbrecherische Reichsplan, der den Tod von vier Nationalsozialisten durch Ertrinken im Riesengebirge zur Folge hatte, hat in den Kreisen der Nationalsozialistischen Partei großes Aufsehen erregt. Der „Angriff“ sieht sich jetzt genötigt, den Namen des Mörders preiszugeben. Es ist der Führer der Schneeschuhabteilung Neumann. Dieser unternimmt es, im „Angriff“ eine lange Erklärung abzugeben, in der er den Tod seiner Kameraden auf eine Naturkatastrophe zurückführt.

Ungefährlicher Weise für Neumann gibt es eine Anzahl von Augenzeugen, die uns folgendes berichten:

Am Sonntag, dem 22. Dezember, herrschte am ganzen Kamme des Riesengebirges ein so fürchterlicher Sturm, daß jeder ernsthafte Tourist es vorzog, in der Baude zu bleiben oder höchstens Touren nach dem Tale zu unternehmen. Zur Zeit, als die nationalsozialistische Gruppe bei der Spindler-Baude eintraf, herrschte ein derartiger Orkan, daß man kaum stehen konnte. Die Nationalsozialisten teilten der bedienenden Kellnerin mit, daß sie noch am selben Tage nach der in der Nähe von Ampach gelegenen Wald-Baude gelangen wollten. Die Kellnerin, selbst gebürtige Riesengebirgerin und ausgezeichnete Skiläuferin, erklärte ihnen, daß sie selbst dieses Ziel bei schönem Wetter bestenfalls in vier Stunden erreichen könne. Bei dem herrschenden Sturm sei es ganz ausgeschlossen, bis dahin zu gelangen. Sie riet ihnen auf das Entschiedenste ab, besonders infolge der späten Stunde, auch nur die Tour bis zur Prinz-Friedrich-Baude über die beschwerliche kleine Sturm-Baude und den Silberbaum zu wagen.

Die Gruppe ließ sich nicht abhalten, wickelte noch über die Wäldchen und begann die Tour um 14 Uhr, zu einer Zeit, wo bereits die Dämmerung einsetzt und selbst bei schönem Wetter in dieser Jahreszeit jeder ernsthafte Sportler sich zur Regel macht, keine Unterkunftsstelle erreicht zu haben.

Nun folgte aber im „Angriff“ selbst das Geständnis Neumanns, in wieweit verbrecherischer Weise er an seinen eigenen Kameraden handelte und wie er sie getrieben in den Tod trieb. Er schildert die Vorgänge auf dem Kamme:

„Es ging nun eine Gruppe an mir vorbei... Etwas später (!!) folgte eine andere Gruppe... Ich ließ sie vorbei und wartete noch eine Zeitlang (!!), um so die Gewißheit zu haben, daß ich nunmehr der Letzte sei und daß den Kameraden vor mir nichts passieren könne.“

Welcher Sportler, der jemals im Hochgebirge war, wehrt nicht, daß die erste primitivste Voraussetzung für die Durchdringung einer Gruppe bei Nebel, Sturm und Schneetreiben das unbedingte Zusammenhalten der einzelnen Mitglieder, das Marschieren im Ganzenmarch an den Markierungspunkten entlang und bei ganz starkem Sturm unbedingt das Anhalten der einzelnen Teilnehmer ist. Nichts von alledem bei diesem Vertreter des „Führer-Gedankens“. Er läßt die einzelnen Teilnehmer, die noch dazu größtenteils

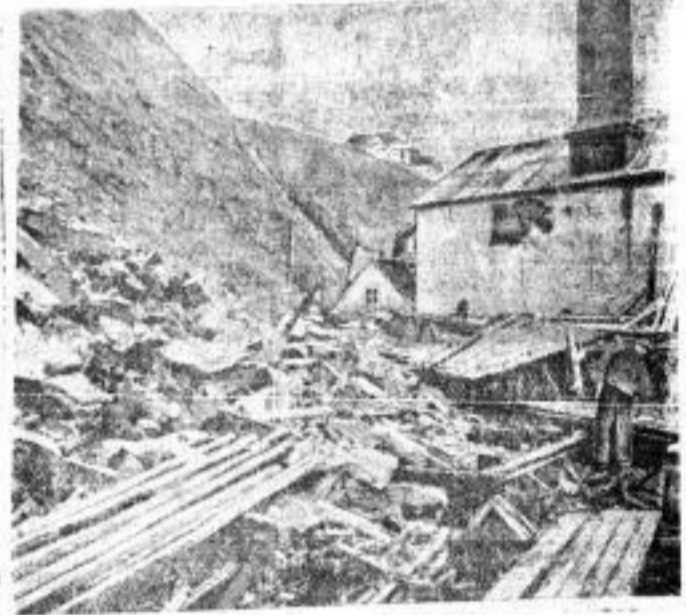
Unfänger lediglich mit Treckenturken

waren, an sich vorbeiziehen und sich in kleinen Gruppen über den ganzen Kamme zerstreuen, so daß bei dem dichten Nebel und der Finsternis keiner wußte, wo der andere war.

Das Bild wird noch abgerundet durch das, was dieser „Führer“ vorzüglich verschweigt: Drei seiner Kameraden sahen schließlich das Wahnsinnige des Unternehmens ein, setzten um und forderten den Führer auf, die ganze Gruppe nach der Spindler-Baude zurückzuführen. Neumann weigerte sich, dies zu tun, trotzdem dies die einzige Möglichkeit gewesen wäre, mit dem Wind im Rücken anstatt im Gesicht alle lebend zurückzubringen!

Die drei, welche umgekehrt waren, langten auch tatsächlich, zwar sehr erschöpft, aber unbeschadet auf der Spindler-Baude an, während die andern über den ganzen Kamme zerstreut sich noch Stundenlang durchkämpfen mußten und vier von ihnen auf der Strecke blieben.

Bei den ausgezeichneten Beziehungen, die die Nazis mit Polizei und Klassenjustiz verbinden, erscheint es ausgeschlossen, daß dem „Führer“ Neumann auch nur ein Haar gekrümmt wird.



Sturmflut am Helgoland

Die Sturmfluten der letzten Tage haben auf Helgoland erneut große Verwüstungen angerichtet. Das abbröckelnde Gestein zerstörte das Wasserbehälterhaus des Reichshofes und zwei Schuppen

Egypre fährt sieben Kinder tot

Acht Kinder schwer verletzt

Keenport, 1. Januar. Der Pennsylvania-Egypre fuhr in der Nähe von Wooster im Staate Ohio in voller Fahrt gegen einen Schnellautobus. Der Autobus wurde durch den ungeheuren Anprall ungefähr 100 Meter weit fortgeschleudert und ging vollständig in Trümmer. Sieben Kinder waren sofort tot, acht wurden schwer verletzt.

Es handelt sich um einen Schnellautobus, der die Kinder zur Schule bringen sollte. Zunächst wurde angenommen, daß die Ursache des grauenhaften Unglücks darin bestanden hätte, daß der Schrankenwärter vergessen hätte, die Schranke zu schließen. Wie sich jetzt herausstellt, herrschte zu dem Zeitpunkt des Zusammenstoßes ein gewaltiger Hagelsturm, der sowohl den Chauffeur des Omnibusses, als auch den Lokomotivführer daran hinderte, auch nur das geringste zu sehen.

Verhaftung wegen des Autounglücks bei Jüterburg

Königsberg, 4. Januar. In dem Ermittlungsverfahren zur Aufklärung der Ursachen des schweren Autounglücks am Bahnübergang bei Jüterburg in der Silberrnacht ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft Jüterburg am Sonnabend gegen den Schrankenwärter Fiedler die Untersuchungshaft angeordnet worden. Die Ehefrau des Schrankenwärters soll am Freitag vor dem Staatsanwalt Befundungen gemacht haben, durch die ihr Ehemann aufs schwerste belastet sein soll.

Papageienkrankheit in Prag

Prag, 3. Januar. In Prag wurden Freitag zwei Fälle von Papageienkrankheit festgestellt. Ein kinderloses Ehepaar in Smichow kaufte vor einiger Zeit einen weißen Kanarienvogel, der drei Tage, nachdem ihn der Tierhändler geliefert hatte, einging. Das Ehepaar verlangte vom Tierhändler ein anderes, gesundes Exemplar, das es auch tatsächlich erhielt. Kurz darauf erkrankten beide Ehegatten unter den gleichen Anzeichen, wie sie in Brest, Wien und Hamburg bei der sogenannten Papageienkrankheit beobachtet wurden.

Lustmörder Dehnert im Irrenhaus

Detmold, 30. Januar. Der kürzlich wegen des Lustmordes an einer 80-jährigen Greisin verurteilte Technikumshülfer Dehnert aus Lage ist am Sonnabendvormittag auf Befehl des Schwurgerichts der Verweigerung des Wiedereintritts in das Irrenhaus zur Beobachtung seines Geisteszustandes überwiesen worden.

Pressechef, Fälscher und Spitzel als Schönheitsrichter

Haubach, der Fabrikant des „kommunistischen Rundschreibens“ als Schiedsrichter bei einer Schönheitskonkurrenz

Die „Kote Fabrik“ war am Sonnabend in der Lage, den Pressechef des Reichsinnenministeriums, Dr. Haubach, als Fabrikanten des „kommunistischen Rundschreibens“ zu entlarven, in dem ein kommunistischer Aufstandskamp „enthüllt“ wird.

Dieser Dr. Haubach, der ehemals Spitzel im Spartakusbund, später zweiter Ehefrau des sozialdemokratischen Hamburger „Echo“, gleichzeitig der Vorsteher des Hamburger Reichsbanner gewesen ist, scheint noch andere einbringliche Beschäftigungen zu haben, wie aus einem Kustal in der „Deutschen Illustrierten“ hervorgeht.

Dort wird zur Teilnahme an der Wahl der Schönheitskönigin für 1930 aufgefordert. Alle blondinen im Alter von 17 bis 25 Jahren können, selbstverständlich nach Ablegung einer Blutprobe, an dieser Konkurrenz teilnehmen. Unter den Kandidatinnen der europäischen Staaten wird dann eine Miss Europa gewählt, die zur Weltkonkurrenz in Rio de Janeiro delegiert werden soll. 20.000 Dollar sind jetzt für Spesen, die bei diesem Kulturunternehmen entstehen, deponiert worden. Die Welt-Schönheitskönigin erhält einen Preis von 10.000 Dollar.

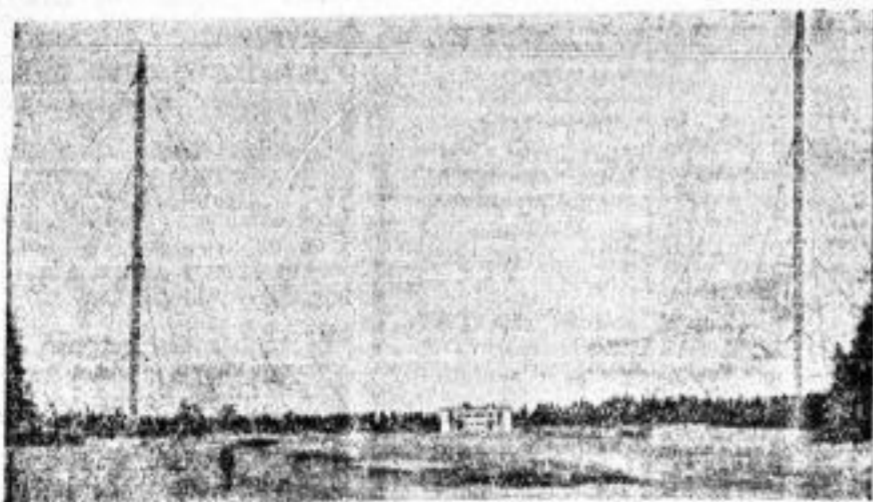
Und nun kommt das Interessanteste:

Unter den Personen, die das Schönheitsrichterkollegium bilden, sitzt neben der Katharina v. Harbort-Ohrimb, dem Prinzen zu Nitzgenstein, auch der Spitzel, Propagandateur, Dokumentenfälscher und Reichspressechef Dr. Theodor Haubach!

Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß der Fälscher Haubach in seiner Tätigkeit als Schiedsrichter, seinem Hauptberuf treu bleibt und in Rio de Janeiro eine deutliche Schönheitskönigin präsentieren wird, deren „Echtheit“ bei einer „Polament“ entpirt.

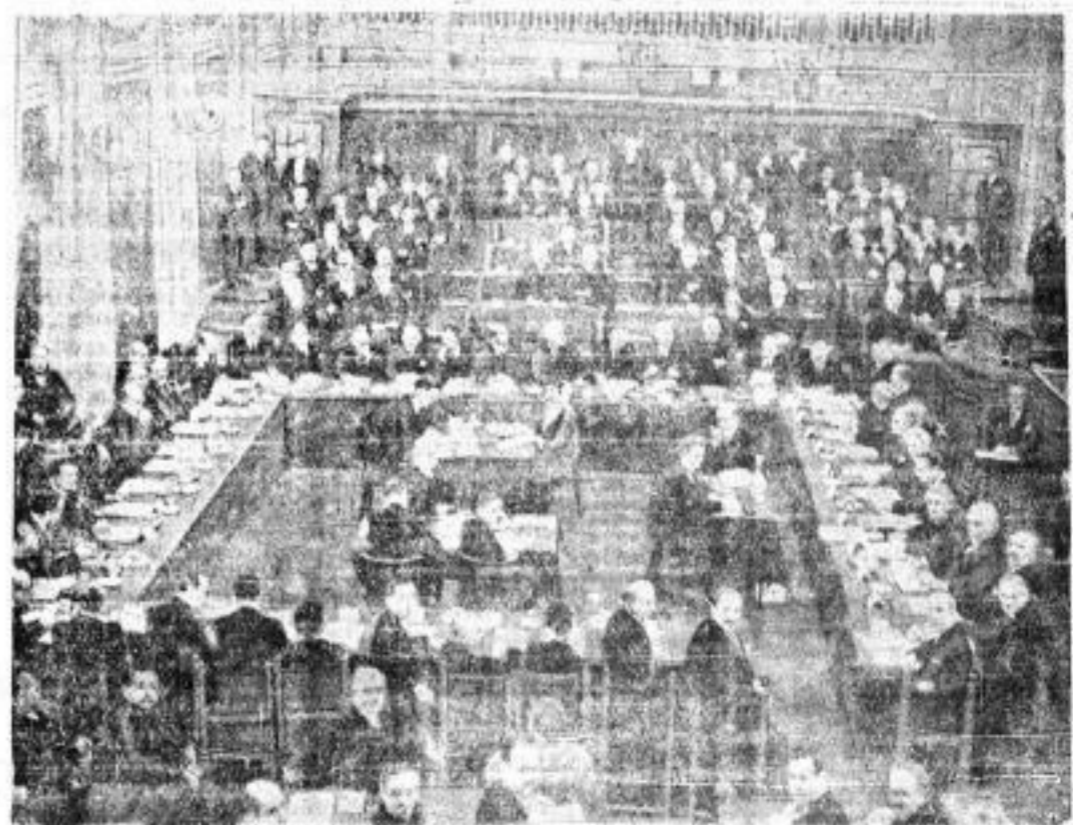
Feuer im Kapitol

Washington, 3. Januar. Im Kapitol brach heute eine Feuersbrunst aus. Der Brandherd war das Archivräumchen, in dem ein Maler mit der Aufrichtung von Wandgemälden beschäftigt war. Er wurde durch den Rauch ohnmächtig und konnte bis jetzt noch nicht vernommen werden. Der Sachschaden wird auf 50.000 Dollar geschätzt.



Wohnender in Oslo. In Oslo, der Hauptstadt Norwegens, wurde dieser Tage ein neuer Wohnender in Betrieb genommen, der der modernste Wohnender Europas ist.

Rechtes Bild: Die Konferenz im Haag, vier europäischen imperialistischen Mächte über die Beherrschung der Reparationsbank. Es geht um die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion und die Festlegung der Führerschaft des Dollarimperialismus, ferner um die Einkassierung der Tribute Deutschlands, die unter der Zwangsdiktatur aus den wertvollen Nationen erprecht werden sollen.



Dresden-A.

Wenn's keiner macht? Oswald Machts! Möbel aller Art

Hauptlager: Konigsplatz 31, I. Ecke Dillnitzer Straße

Kauf dein Buch nur im Literatur-Vertrieb Viktoriasstraße 23

Auf Teilzahlung kaufen Sie am besten im Kredithaus Union

Spezialhaus für Leinen, Baumwollwaren und Bettfedern, Wäsche, Bettfedernreinigung

Hermann Pecz Kaffee- u. Tee-Import Groß-Röstererei

Ant Kredit Möbel / Wäsche / Herren- u. Damenkonfektion

Moritz Richter Herren- u. Damen-Frisier-Salon

Loden-Sportbekleidung und Wintersportartikel empfiehlt Oscar Lehmann

Zigarren / Zigaretten / Tabake Kurt Lindner

Schuhbesohlanstalt M. MIETKE

Werkzeuge Eisenwaren Holzwaren Gartengeräte

Tabakwaren H. Fülle

Denkfein Gmb. Hof & Co. Spezialwaren

Puppen-Böttitz Annenstraße 37

Tambour-Kaffee-Rösterei G. m. b. H.

GEBRÜDER LEUPOLD seit 1873

Wollwaren-Spezialhaus AM POSTPLATZ

DR. NEUSTADT Spezialisten für Augenheilkunde

Schokoladenfabrik Bruno Claub

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Residenz-Büffel und Konditorei Secstraße 7

WIWO SA Wir verkaufen an Jedermann!

Lebensmittel und Fleischereiwaren

Adolf Eckhardt, Likörfabrik Kleine Kirchgasse 3

Kauft in Edeka Geschäften

Motorräder Nähmaschinen Sprechapparate

Pachtmann & Schmitz Dresden-A., Am See 34

Radio Schmidt Importeur Ziegelstraße 7

Alle Weine kauft man am besten in d. Spanischen Weinhandlung

ALWIN SCHULZE Ziegelstraße 19

Werkzeuge jeder Art Reserviert

Vervielfältigungs-Apparate KURT FREYTAG

Färben / Reinigen Gebr. Berthold

Verlangt überall Muselli

Musikhaus Max Romey / Sprechapparate, Schallplatten

Honigkuchentabrik Oskar Schlechter

Berufskleidung aller Art A. Altus

Drogen-Spezialhaus / Kräutergewölbe Farben / Lacke / Pinsel usw.

Spalteholz & Bley Pflanzholz

Schallplatten / Sprechapparate Musikalien

Zauberflöte Wellnerstraße 33

Thierfelder Filzwaren

Konditor, Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Richard Bochmann

Konditorei und Feinbäckerei Alfred Beger

Bürgerkasino Täglich Konzert und Kabarett-Vorstellung

Drogerie Franz Schaal Herrengarderobe / Berufskleidung

Joseph Juraska Freiberg Platz 24

Augenläser Optiker Georg Zimmermann

Sie können darauf warten! Original Amerikanische Express-Schuhreparatur

Schreibmaschinen Vervielfältigungs-Apparate

Curt Träger, Zirkusstraße 7

Radio nur von Ludwig Anlagen - Einzelteile - Teilzahlung

Berufe Dich bei allen Einkäufen auf die Arbeiterstimme!

Wilde / Geflügel Pinkost Oskar Grundmann

Sprechapparate und Schallplatten kaufen Sie am vorteilhaftesten im Spezialgeschäft

Förster & Co. Sprechapparatebau, Annenstraße 26, I.

ich habe Sie ein zur swangenen Beschäftigung meiner circa 1000 qm großen Möbelwerkstatt

Wiedereröffnet, Lubbers Gustav Richter, Tischlermeister

Herren- u. Knaben-Bekleidung

Hüneburg Dresden-A. Wettinerstr. 35/37

Max Zill Spezialgeschäft Am See 28

Radio-Zentrale O. Grohmann

Walter Trapp Beleuchtungskörper / Elektrische Anlagen

Optiker Wiegand Wallstraße 8

Möbel und Polsterwaren E. Goldhammer

Stiftshof Vertriebsbüro der organisierten Arbeiter

Schokoladen-Hering Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik

Sanussa-Husten-Bonbons

Friedrich Köllner Honigkuchentabrik

Ski- und Wintersportartikel Rich. Nicolai / Dresden

Sechser-Kneipe Popplitz 13

Photo-Leinert Weinlostraße Nr. 2 und Dippoldswalder Platz

Radio-Eimann Sedanstraße 7

SEIDEN-HAUS Jacoby DRESDEN-A., ALTMARKT 6

Sprechapparate und Schallplatten

Sprechapparatebau, Annenstraße 26, I.

Ein Jahr schriftliche Garantie / Seit 20 Jahren am Platz!

ich habe Sie ein zur swangenen Beschäftigung meiner circa 1000 qm großen Möbelwerkstatt